

Sozial-Zeitung

hallesche Neueste Nachrichten • handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Sozial-Zeitung“ erscheint an jedem Montag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis einschließlich Porto beträgt 2.40 Reichsmark. Einzelhefte 20 Pfennige. Die Redaktion befindet sich in Halle a. S., Marktstraße 17. Verleger: Hermann Dammann 7431. Druck-Verleger: „Gesellschaft Hallescher Druck-Verleger“. Halle a. S., Marktstraße 17. Druck-Verleger: Hermann Dammann 7431. Druck-Verleger: „Gesellschaft Hallescher Druck-Verleger“. Halle a. S., Marktstraße 17. Druck-Verleger: Hermann Dammann 7431. Druck-Verleger: „Gesellschaft Hallescher Druck-Verleger“.

Neues in Kürze.

Der Chef der Marineleitung, Admiral Jenter, hat gegen den „Vorwärts“ und gegen den „Montag-Morgen“ Strafantrag wegen Beleidigung der Marine gestellt. Wie der Berliner „Votallanzeiger“ hierzu erzählt, sind als Grund Angriffe der beiden Blätter gegen die Offiziere des Kreuzers „Samburg“ anzusehen.

In der Verbändigungstafel des Münchner Rathhauses hängt seit dem 26. August das Aufgebot des Generals der Infanterie Erich Ludendorff zu München und der Margrit D. Waidhofer. S. Kemm in Tübing. Die erste Ehe des Generals ist nach mehr als 23jähriger Dauer am 9. Juli d. J. gelöst worden.

Die Reichsregierung hat eine gemeinsame Geschäftsordnung der Reichsministerien genehmigt. Am wesentlichsten Ziel wird dabei erreicht, den Geschäftsgang auf das äußerste zu vereinfachen und zu beschleunigen. In jedem Ministerium wird ein besonderer Vereinfachungsreferent den Geschäftsgang überwachen.

Auf dem in Hamburg zusammengetretenen dritten Bundeskongress des Gewerkschaftsbundes Deutschlands forderte die Parteiführung der sozialistischen Gewerkschaften die grundsätzliche Gleichstellung des Lehrers mit den übrigen Angestellten; die Titel Ingenieur, Architekt oder Chemiker seien nicht darauf unter Schutz zu stellen, da sie nur von Akademikern geführt werden könnten, auf das können keine Ansprüche erhoben werden.

Der Berliner Börse beurteilt die Veränderung des Reparationsabkommens außerordentlich zurückhaltend. Eine außerordentliche Entspannung der Damesszahlungen könne in den Reparationsverhandlungen kaum erreicht werden, weil die Damesszahlungen ohnehin im kommenden Geschäftsjahr bereits in die Milliarden Reichsmark gehen. Als unmittelbare Folge des Abkommens erwartet die Börse aber ein schnelles Vormarschbringen der vom Reichsfinanzminister angekündigten Reichsrentenleihe für die Zwecke der Erwerbslosenfürsorge.

Das Reichsstatistikamt hat auch zu dem neuen volnischen Niederlassungsgesetz Stellung genommen, das die freie Niederlassung von Ausländern und damit auch von Deutschen in Polen ausschließt. Die am 15. wieder beginnenden deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen werden in ihrem Verlauf und Ausgang von der Stellung Deutschlands zum polnischen Fremdenrecht bestimmt sein. Wie wir behaupten dürfen, besteht nur geringe Aussicht, daß Deutschland in dieser Frage nachgeben wird.

Die polnische politische Polizei hat in Warschau eine geheime kommunistische Druckerei entdeckt, die von drei Abgeordneten der Unabhängigen Bauernpartei betrieben worden ist. Fünf Personen wurden in diesem Zusammenhang verhaftet. Der Staatsanwalt wird die Auslieferung dieser drei Abgeordneten verlangen.

Der dänische Prinz Aage, der auf alle Rechte einer königlichen Abtönung verzichtet hat, wird sich mit seiner Gattin, der Prinzessin Margaretha von Schweden, als Generalintendant der dänischsten Kompagnie in Brasilien niederlassen.

Der Bretzpreis wird in Paris am 9. September auf 2,65 Franc, also um 5 Centimes, erhöht werden.

Der amerikanische Schatzkanzler Mellon hat sich gestern nachmittags von Paris nach London begeben. Er wird von dem Direktor des Garantieinstitutes in Paris begleitet. Vor seiner Abreise hatte er mit dem Gouverneur der Bank von Frankreich noch eine Besprechung.

Am 9. September wird der Internationale Arbeiterverband in London zusammenzutreten und sich mit einer Prüfung der Frage der Fortführung des englischen Bergarbeiterstreiks beschäftigen. Alle europäischen Länder einzeln, Großbritannien und die amerikanischen Bergarbeiterverbände werden vertreten sein.

Nach Witterungsänderungen aus Madrid sind zwölf Deutsche, die angeblich aus Hamburg stammen, von dem spanischen Kriegsgericht erlassen. Wie wohl sind des Berrates militärischer Geheimnisse während des Marokkoffeldzugs angeklagt. Die Verhandlungen werden voraussichtlich nächste Tage in Madrid beginnen.

Der Reichsverband der deutschen Industrie in Dresden.

Jahreshauptversammlung der deutschen Industrie in Dresden. Ueber 2000 deutsche Industrielle sind erschienen, dazu eine Reihe von Ausländern, insbesondere Franzosen, die der Ergebnisse dieses industriellen Großtages mit sehr verschiedenartigen Bemerkungen, aber alle mit größtem Interesse entgegenzogen. Es gilt, die Richtlinien der deutschen Wirtschaft für die nächste Zukunft zu gewinnen. — Nach feierlicher Begrüßung der Jahresversammlung durch die Vertreter der Stadt Dresden hielt der Vorsitzende und weitbekannteste Industrielle

Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Duisberg

einen Vortrag über seine wirtschaftlichen Beobachtungen auf der unlängst abgeschlossenen Weltreise. Er fasste den Gesamteindruck seiner Weltreise dahin zusammen, daß die Vereinigten Staaten wohl als die einzigen Gewinner des Weltkrieges zu betrachten seien. Auf Grund seiner neu gewonnenen Eindrücke beurteilt er die Lage in Deutschland sehr trübe. Die Lebenshaltung unseres Volkes habe sich in der Zeit seiner Abwesenheit eher verschlechtert als verbessert. Hieran schloß der Redner eine Schilderung der Lage in den einzelnen Industriezweigen auf Grund eingehender Berichte der verschiedenen Fachgruppen auf eine Rundfrage des Reichsverbandes hin. Danach ist wohl in einzelnen Industriezweigen, wie im Steinfeldbergbau und in der Eisenindustrie, in Auswirkung des englischen Bergarbeiterstreiks, eine gewisse Belebung eingetreten. In allen übrigen Industriezweigen, von wenigen Teilgebieten abgesehen, sei

von einer Besserung nicht die Rede. Vielfach mußte in den letzten Wochen nach einer weiteren Verschlechterung verzweifelt werden. Was während zu einer dauernden aktiven Handelsbilanz kommen, wenn nicht die Lebenshaltung unseres Volkes noch weiter herabgedrückt werden sollte. Angesichts unserer Reparationsverpflichtungen müßten wir einen regelmäßigen Jahresüberschub in der Ausfuhr von etwa drei Milliarden Reichsmark erreichen. Wie dies angesichts der handelspolitischen Einstellung des Auslandes möglich sei, erseheine unerfindlich.

Im Zustande herrsche ein kräftiger Nationalismus, der wirtschaftlich auf die Formel gebracht werden könne: Der heimische Markt der heimischen Produktion. Dieses Streben sollte uns nachschauenwert erscheinen. — Geh. Rat Kauffmann sprach über

Wirtschaftspolitische Forderungen der deutschen Industrie.

Sämtliche in der Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie vom Dezember 1925 gemachten Vorschläge halte der Verband aufrecht. Das Steuerliberalisierungsprogramm des Finanzministers habe den daran geknüpften Erwartungen nicht entsprochen, was an der Verworrenheit der Verhältnisse auf staatsinanziellen und steuerlichen Gebiet läge, vor allem aber an der Bewilligungsfähigkeit der Parlamente.

Die Kolonialmandate.

In der gestrigen Sitzung des Völkerbundesrates wurde zunächst eine Beschwerde des memeländischen Landtages gegen Äußerungen auf englischen Antrag einem Reichsausschuß übermitteln. Sodann folgte die Behandlung des Berichtes über die Mandatskommission. Chairman Lein wandte sich energisch gegen den von der Kommission geplanten Fragebogen, der viel zu eingehend sei.

Die Mandatskommission drohe in die Souveränität der Mandatsstaaten einzugreifen.

Sämtliche Mandatsstaaten stimmten Chamberlain bei; die Mandatsfrage soll an die Mandatskommission zurückverwiesen werden. Die verfahrensweise Theorie, die zum Schluß Briand, Chamberlain und andere für die Tätigkeit der Mandatskommission fanden, konnten nur leicht verschleiert. In der Frage der Kolonialmandate die Hauptmandatsmächte, insbesondere England und Frankreich, gar nicht daran denken, der Kommission und dem Völkerbund irgendwelche wirtschaftlichen Kontrollrechte über die Mandatsgebiete einzuräumen.

Es wird immer deutlicher, daß die Kolonialmandate lediglich ein Scheinmandat sind. Die Engländer und Franzosen haben in Wirklichkeit

Zur Wiederherstellung des Aufschlagsrechts der Gemeinden fordert der Reichsverband, daß dieses nicht zu einer Erhöhung der Belastung der Wirtschaft, sondern zu einer Entlastung der direkten Steuern führe; auch die reichseinkommenssteuerfreie Teile seien heranzuziehen. Der Redner fordert eine genaue, periodisch zu veröffentlichte Finanzstatistik. Zur Gewerbesteuer müßten einheitliche Grundätze durch ein Reichsausschusses aufgestellt werden. Im engsten Zusammenhang mit dem Finanzausgleich stehe die Aufgabe einer Verwaltungsreform, wobei bisher noch keine greifbaren Erfolge erzielt seien. Die Verwaltung dürfe nicht Selbstzweck werden.

Der Sozialrat habe die Drei-Milliarden-Grenze erreicht. Einseitigkeit der Erwerbslosenfürsorge liege in diesem Jahre mit einem Gesamtsolozins von nicht weniger als vier Milliarden Mark zu rechnen. — Bevor nicht Klarheit darüber bestehe, ob das Washingtoner Arbeitszeitabkommen überhaupt den wünschenswerten Fremdenländern zuzuführen sei, müsse eine vorläufige Modifikation des deutschen Arbeitszeitgesetzes zum mindestens hinsichtlich der Arbeitszeit außer Acht gelassen werden.

Der Redner behandelte dann das Thema „Bank- und Kreditwesen“ und kritisierte die auf dem Gebiet des Realcredits, namentlich für mittlere und kleine Industriezweige noch bestehenden Mißstände. Im zweiten Teil seiner Rede befaßte sich der Redner mit der Arbeitslosigkeit in Deutschland, der Reparationsfrage, den Vorarbeiten für die Weltwirtschaftskonferenz und der Wirtschaftsequete. Er könne begreift werden, daß die Regierung sich zur Aufstellung eines zwischenstaatlichen Arbeitsbeschaffungsprogrammes entschließen habe.

Die Weltwirtschaftskonferenz müsse einer Überwindung oder Revision unterliegen, sobald sich keine Unübersichtlichkeit in der Prognose zeige. Die deutsche Industrie habe allen Grund, sich an den Vorarbeiten für die Weltwirtschaftskonferenz zu beteiligen, modern und solange sie nicht in politisches Fahrwasser gerate. Das Programm des Enqueteausschusses sei außerordentlich weit gefaßt. Eine Wirtschaftsequete in diesem Ausmaße sei eine Unmöglichkeit.

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold

betonte Johann, daß die Stabilität unserer Währung absolut gesichert sei, daß jedoch das Aufwertungsproblem nicht erneut aufgeworfen werden dürfe.

„Bemerklich wird in der nächsten Zeit ein neues Ereignis eintreten, das bewiesen wird, wie tief auch in der Welt unsere Währung steht.“

Im weiteren Verlauf seiner Rede führte der Reichsfinanzminister aus, er sei der Überzeugung, daß die ganze Welt sich einmal gegen die Weltwirtschaftskonferenz wehren würde. Zum Schluß erklärte er:

„Ich werde froh sein, wenn es gelingt, ein Defizit zu vermeiden. Von einer geringfügigen Anleihe anderer Finanzen kann keine Rede sein. Aber wenn Optimismus hier heißt, an die Zukunft glauben, dann erkläre ich mich allerdings zum Optimisten.“

die einigten deutschen Kolonien als ihren endgültigen Besitz an, und ihre Opposition gegen die Mandatskommission bereitet darauf vor, daß sie auch Deutschland nach Eintritt in den Völkerbund keinerlei Recht zum Mitreden einzuräumen werden.

March gegen Athen

Nach Meldungen von der serbisch-griechischen Grenze ist es dem General Platiras, der sich in Jugoslawien aufhält, gelungen, die griechische Grenze zu überschreiten. Platiras soll in Saloniki Kontingente macedonischer Truppen für sich gewonnen und die Wälder haben, an der Spitze dieser Regimenter nach Athen zu marchieren und die Regierung des Generals Kondis zu kürzen. General Kondis soll seinerzeit in Athen als Regimentschef, die sich in den Garnisonen in Mazedonien befinden, zu keiner Beteiligung zusammengezogen haben.

Aus Athen wird weiter gemeldet, daß acht Offiziere der Garnison von Saloniki auf Befehl Kondis verhaftet worden sind, da sie nicht hatten, die Garnison gegen den General aufzunehmen und die Einsetzung einer Koalitionregierung sowie die Entfernung der Militärregierung (Kondis) aus Athen zu verhindern.

Das zweite Versailles.

Der einzige wahrhaft schöpferische deutsche Staatsmann der Nachkriegszeit hat aus dem Nichts eine neue Wahrung geschaffen und den kleineren Völkern größtmögliche jene beschriebene Mitarbeit ermöglicht, auf die Schillers Vers trifft: „Wenn die Könige bauen, haben die Kärner zu tun“ — dieser einzige große Kömer, Weltfriede, hat sich geirrt, als er die Umwälze des Damesplans als „Das zweite Versailles“ bezeichnete. Der Damesplan war nur die zweite Marschschlacht, und das zweite Versailles kommt jetzt nach dem zweiten Weltkriege (Locarno) in Genf mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

Poincaré kann zufrieden sein. Poincaré hat zum zweiten Mal geirrt. Wenn nicht ein Wunder geschehen ist, was, seit dem Einbruch der Weltkriege verdrängt, wäre imlande, zu dem Währungsrunder ein neues Wunder zu vollbringen, um uns vor dem bedingungslosen Eintritt in den Völkerbund mit dem Verzicht von Locarno zu retten? Ein brutaler Dummheit hatte Poincaré es ausgesprochen, Locarno je eine erfreuliche Verklärung des Versailles-Vertrages: unsere Politik wird mit dem geistigen hoffnungsreichen Optimismus wie einst beim zweiten Weltkrieg und Versailles den Eintritt in den Völkerbund vollziehen und damit zugleich die Locarnoerträge in Kauf geben.

Es ist wie eine Lämme, die niemand aufhalten kann. Sie hat es noch für zwei, drei Tagen, was wir denn mit dieser Politik gewinnen, wenn wir eigentlich in den Locarnoerträgen unsere Feinde an ihren Länderausbau und ihre Tributrechte noch einmal ausbreiten und freiwillig getarnt als Opfer eines anderen Locarno und den Völkerbund, und er bekommt sie, damit basta.

Da müßte kein Himmels darauf, daß unter Umständen und ist einiges Recht von Versailles, die allgem. Weltfriede zu sein, das ist das, was wir, daß die verpöndlichen Rückversicherungen nicht wieder werden, daß Frankreich selbst mit der Weltwirtschaftskonferenz

Wirtschaftspolitische Forderungen der deutschen Industrie. Sämtliche in der Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie vom Dezember 1925 gemachten Vorschläge halte der Verband aufrecht. Das Steuerliberalisierungsprogramm des Finanzministers habe den daran geknüpften Erwartungen nicht entsprochen, was an der Verworrenheit der Verhältnisse auf staatsinanziellen und steuerlichen Gebiet läge, vor allem aber an der Bewilligungsfähigkeit der Parlamente.

Die polnische politische Polizei hat in Warschau eine geheime kommunistische Druckerei entdeckt, die von drei Abgeordneten der Unabhängigen Bauernpartei betrieben worden ist. Fünf Personen wurden in diesem Zusammenhang verhaftet. Der Staatsanwalt wird die Auslieferung dieser drei Abgeordneten verlangen.

Der Bretzpreis wird in Paris am 9. September auf 2,65 Franc, also um 5 Centimes, erhöht werden.

Der amerikanische Schatzkanzler Mellon hat sich gestern nachmittags von Paris nach London begeben. Er wird von dem Direktor des Garantieinstitutes in Paris begleitet. Vor seiner Abreise hatte er mit dem Gouverneur der Bank von Frankreich noch eine Besprechung.

Am 9. September wird der Internationale Arbeiterverband in London zusammenzutreten und sich mit einer Prüfung der Frage der Fortführung des englischen Bergarbeiterstreiks beschäftigen. Alle europäischen Länder einzeln, Großbritannien und die amerikanischen Bergarbeiterverbände werden vertreten sein.

Nach Witterungsänderungen aus Madrid sind zwölf Deutsche, die angeblich aus Hamburg stammen, von dem spanischen Kriegsgericht erlassen. Wie wohl sind des Berrates militärischer Geheimnisse während des Marokkoffeldzugs angeklagt. Die Verhandlungen werden voraussichtlich nächste Tage in Madrid beginnen.

